

# NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

April 2012

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,  
liebe Netz-Mitglieder,

nach der letzten Netzversammlung im November 2011 zu Rüstungsexporten und Kapitalismus steht dieses Thema auch im ersten Netztelegramm des Jahres im Mittelpunkt.

Die letzten Treffen des Sozialforums in Koblenz standen unter dem ‚Stern‘ des Sozialabbaus in der Stadt an Mosel und Rhein. Eine Gruppe, die sich unter anderem aus Vorstandsmitgliedern des Netzes zusammensetzt, hat eine Broschüre zu dem Thema veröffentlicht, die auf Seite 4 vorgestellt wird.

In den nächsten Monaten wird vor allem das 20-jährige Jubiläum des Netzes (Broschüre und Tagung im Oktober) im Zentrum unserer Aktivitäten stehen. Aber auch das Land China wird besondere Beachtung finden, da der Arbeitskreis „Keine Wirtschaftspartnerschaft ohne Sozialstandards“ eine Informations- und Kontaktreise in die chinesische Partnerprovinz von Rheinland-Pfalz, Fujian, unternommen hat. Im Laufe des Jahres werden dazu Materialien veröffentlicht und Veranstaltungen zur Thematik und zu den Reiseindrücken durchgeführt.

Eine gute Lektüre!

Dominic Kloos

## Inhalt

Kapitalismus und Rüstungsexporte	1-3
Koblenz in der Krise des Kapitalismus	4
Aktionswoche Rohstoffe	5
Aktionswoche Rüstungsexporte	5
Fujian-Partnerschaft	6
Frieden statt Krisen	6-7
Terminkalender	8

## Kapitalismus und Rüstungsexporte Aufschrei gegen Waffenhandel

Im Mai 2011 startete die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel: Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“. Hauptmotiv dieser Kampagne sind die in den letzten Jahren massiv gestiegenen Ausfuhren von Rüstungsgütern. Auch das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar hat sich der Aktion angeschlossen. Es wird dabei versucht, die eigene kapitalismuskritische Orientierung einzubringen, denn auch die Problematik der Rüstungsexporte sollte im Kontext der Krise des Kapitalismus gesehen werden. **DOMINIC KLOOS**

Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern ist im tausendfachen Tod, den Verstümmelungen, der Profitorientierung des sog. militärisch-industriellen Komplexes und den durch die Bindung von Haushaltsgeldern verursachten Entwicklungshemmnissen in Ländern des globalen Südens begründet.

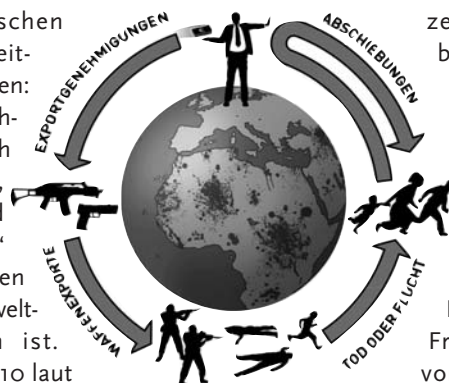
### Deutschland ist ‚Europameister‘

Nach dem Zweiten Weltkrieg erklärten alle deutschen Bundesregierungen, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben würden. Trotzdem sind die deutschen Rüstungsexporte seitdem massiv gestiegen: in den letzten fünf Jahren haben sie sich etwa verdoppelt, womit Deutschland zum „Europameister“ und zum drittgrößten Rüstungsexporteur weltweit aufgestiegen ist. Deutschland hat 2010 laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI einen Anteil von über 10 % am weltweiten Handel mit Groß- und Kleinwaffen inne gehabt, hinter den USA (ca. 30%) und Russland (ca. 20%). Deutschland nahm allein im Jahr 2010 zwischen 2,1 und 2,6 Mrd. EUR durch Rüstungsgüter ein. In dem Zeitraum von 2005 bis 2009 waren es zusammen ca. 3 Mrd. EUR<sup>1</sup>.

### Export um jeden Preis

Laut Grundgesetzartikel 26(2) bedürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen der Genehmigung der Bundesregierung, bevor sie hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Näheres sollte ein Bundesgesetz regeln, wobei sich zwei Gesetze, namentlich Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG), ergänzen sollen. De facto wird aber das AWG als Exportförderungsgesetz mit möglichst wenig Regulierungen umgesetzt. Somit können gerade die Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen (Motoren für Kriegsschiffe und -flugzeuge u.v.m.), problemlos exportiert werden.

Normalerweise entscheidet das Wirtschaftsministerium bzw. das BAFA über den Export, in strittigen Fragen des Exports von Kriegswaffen der Bundessicherheitsrat. Dieser ist ein Gremium, dem KanzlerIn, Verteidigungs-, Außen- und EntwicklungsministerIn sowie weitere staatliche



<sup>1</sup> GKKE 2011: Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), [http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB\\_2011\\_fuer\\_Presse.pdf](http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB_2011_fuer_Presse.pdf) (Zugriff 16.12.11)

VertreterInnen angehören. Die Abstimmungsergebnisse bleiben geheim und der Bundestag darf bei Rüstungsexporten nicht mitreden.

Warum aber sind die deutschen Exporte im letzten Jahrzehnt so stark gestiegen?

Zu konstatieren sind zunächst folgende Veränderungen auf dem globalen Rüstungsmarkt: (a) Es werden nicht mehr vollständige Waffensysteme geliefert, sondern Einzelteile, die in Empfängerländern zusammengebaut werden. (b) Innerhalb von Bündnissen wie der NATO werden Rüstungsgüter aus Kostengründen immer häufiger gemeinsam genutzt. (c) Traditionelle Lieferbeziehungen lösen sich auf: Es wird mehr in sogenannte Drittstaaten<sup>2</sup> exportiert. So wurden zwischen 2007 und 2010 79% aller Rüstungsvereinbarungen mit Drittstaaten getroffen.<sup>3</sup>

Die erhöhten Exporte in Drittstaaten sind zum einen auf die Erneuerung alter Bestände und zum anderen den starken Wirtschaftsaufschwung in den letzten 15 Jahren in Schwellenländern und Ölstaaten zurückzuführen. Dies sind die Länder, vor allem im Nahen Osten und Südasien, die seit Jahren die höchsten Wachstumsraten in Bezug auf Rüstungsaufträge haben. Auch Rüstungsexporte in Entwicklungsländer nahmen in den letzten Jahren leicht zu, allerdings nicht so markant.<sup>4</sup>

### **Die Rolle des Staates im Krisenkapitalismus**

Das Motto der Kampagne: ‚Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht‘ läuft im zweiten Teil Gefahr, in eine moralisierende Verkürzung zu geraten. Die Frage der Rüstungsexporte ist nicht einfach eine Frage individueller Moral, sondern eingebunden in strukturelle Zusammenhänge der gegenwärtigen ‚Entwicklung‘ bzw. Krise des Kapitalismus.

<sup>2</sup> Drittstaaten sind Staaten, die nicht einem gemeinsamen Abkommen oder einem Bündnis angehören.

<sup>3</sup> Grebe 2011: Vortrag/Aussagen von BICC-Vertreter Jan Grebe auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, [http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx\\_usernewsevents/ruestungsexporteur\\_deutschland\\_Grebe.pdf](http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/ruestungsexporteur_deutschland_Grebe.pdf) (Zugriff 16.12.11).

<sup>4</sup> Grebe 2011; GKKE 2011.

Staat und Politik sind nicht das moralisch gute Gegenüber zu einer profitorientierten Ökonomie, die über Leichen geht. Die Rolle des Staates ist die des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Angesichts einer privat und in Konkurrenz organisierten Produktion und ihrer Krisenanfälligkeit hat er dafür zu sorgen, dass der Zusammenhang des kapitalistischen ‚Ganzen‘ gewahrt bleibt. Insofern kann er ethischen Imperativen nur soweit folgen, als diese seine Rolle als Wahrer der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs nicht in Frage stellen. An dieser Schnittstelle käme es darauf an, strukturelle Systemzwänge zu thematisieren, die sich nicht einfach durch Appelle an die ethische Verantwortung der Täter auflösen lassen. Systemlogik und Systemzwänge agieren durch die ‚Täter‘ hindurch, in ihrem Handeln, auch wenn sich die Grenze zwischen Ethik und System nicht empirisch genau benennen lässt.

Von der Rolle des Staates als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ sind im Blick auf Rüstungsexporte vor allem drei Aspekte wichtig:

#### **1. Exportförderung**

Auf Grund der Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer ‚schlankeren‘ Kriseneinsatzarmee, werden

ältere deutsche Bestände verkauft und die Produktion lohnt sich nur noch, wenn der Export gesteigert wird. Das heißt, dass eine Markterweiterung hinter den gestiegenen Rüstungsexporten steckt. Dies ist eine Forderung, die von Arbeitgeber- wie z.T. auch von ArbeitnehmervertreterInnen gestellt wird.

Zudem gehört Exportförderung zu den grundlegenden Aufgaben des kapitalistischen Staates. Kapitalistische Wertschöpfung ist seine materielle Grundlage, insofern er sich von Steuern aus dem Verwertungsprozess finanziert. Dieser gerät gegenwärtig immer schärfer unter den Druck der inneren Schranke kapitalistischer Produktion: der Entsorgung der Arbeit als Grundlage der Wertschöpfung.<sup>5</sup> Dies verschärft die globale Konkurrenz um Standort- und Absatzmöglichkeiten. Die Nationalstaaten unterstützen ‚ihre‘ Unternehmen in der globalen Konkurrenz, um auf neue Märkte vorzudringen und somit Umsatz und Gewinn zu steigern, was wiederum Steuern für den Staat abwirft und Arbeitsplätze sichert. Unternehmen werden Ausfallgarantien gegeben (Hermesbürgschaften) und Ausführen immer einfacher gemacht.

Gerät der Kapitalismus – wie wir gegenwärtig erleben – immer schärfer in die Krise, werden Spielräume für ethisches Handeln enger. Die Sicherung der materiellen Grundlagen

des Staates und die damit verbundene Systemlogik verdrängt ethische Orientierungen. Durch den Export – der nicht zuletzt aufgrund wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wurde – hat sich Deutschland in der Krise besser behaupten können als konkurrierende Staaten. Ob in der Not der Selbstbehauptung in der kapitalistischen Konkurrenz dieser Standortvorteil durch ethisch reglementierte Rüstungsexporte konterkariert wird, ist zu bezweifeln.



Foto: Jürgen Grässlin

<sup>5</sup> Ausführlich dazu Kurz 2006: Marx lesen! Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt a.M.; Böttcher 2010: Die Krise verstehen, [http://www.oekumenisches-netz.de/Die\\_Krise\\_verstehen\\_Bonn\\_10.pdf](http://www.oekumenisches-netz.de/Die_Krise_verstehen_Bonn_10.pdf) (Zugriff 19.1.12).

## 2. Absicherung der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus angesichts weltweiter Krisen und Zerstörungsprozesse

Im Kapitalismus sichert Lohnarbeit die materielle Grundlage des Lebens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt. Dies hat Folgen für die Weltwirtschaft. Sie schrumpft auf eine schwindende Anzahl von Standorten der Kapitalverwertung zusammen, die von einem Meer ‚überflüssiger‘ Menschen und Regionen (im Sinne der Verwertung) umgeben sind.<sup>6</sup>

Das ‚Fitmachen‘ für den Weltmarkt ist vor diesem Hintergrund vermutlich für das Gros der Weltregionen nutzlos. Die Folgen sind wirtschaftliche und politische Zusammenbrüche, die „verwilderte Staatsapparate“ mit Klientelismus, Korruption und ausufernder Gewalt hinterlassen. Die Überreste von Staaten verlieren ihre Regulations- und Integrationsmacht und damit einen Großteil ihres Gewaltmonopols. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben. Solange dies nicht den Rest der kapitalistischen Welt betrifft, wird kaum ein Problem darin gesehen. Wenn allerdings Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, vor allem der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherheit von Transportwegen nicht mehr gewährleistet sind, oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen, dann muss der globale Verwertungsprozess ggf. auch militärisch aufrecht erhalten werden.<sup>7</sup> Die Problematik der Rüstungsexporte müsste vor dem Hintergrund dieser Zerstörungsprozesse reflektiert und diskutiert werden. Die Rüstungsexporteure profitieren von Zerstörungen, die Folgen kapitalistischer Verwertungslogik sind, insofern diese die Nachfrage nach Waffen und anderen Sicherheitsgütern generieren.

<sup>6</sup> Lohoff 1999: Das siebte Leben der Marktwirtschaft. Staatszerfall und neue Weltordnung, in izw Juli 999, S. 18-20; Böttcher 2011: Die Bundeswehr greift an, in: Netztelegramm März 2011, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, S. 2-4.

<sup>7</sup> Böttcher 2011.



Foto: Jürgen Grässlin

Krisen erzeugen Widerstand, der von Staaten bekämpft wird. Die potenzielle Wandlung in neoliberale Polizeistaaten schafft einen erhöhten Sicherheitsbedarf, der wiederum Rüstungsgüter notwendig macht. Dies ist immer wieder in vielen Ländern zu sehen, aktuell z.B. in Syrien, Zimbabwe, aber auch in Griechenland durch seine EU-Außengrenze: Zur Systemsicherung nach innen und außen bedarf es einer steigenden Zahl an Rüstungs- bzw. Sicherheitssystemen.

## 3. Arbeitsplätze als Legitimation für Rüstungsexporte

Die Gründe für die Exportsteigerungen im letzten Jahrzehnt sind sicherlich auch in dem Erhalt der geschätzten 80.000 Arbeitsplätze in Deutschland zu suchen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Exportguts ist zwar marginal (ca. 0,2% machen die Rüstungsexporte an den deutschen Gesamtexporten aus), aber bei einem Milliardenvolumen auch nicht unerheblich.

Arbeit im Kapitalismus abstrahiert vom Inhalt der Arbeit. In der Warenproduktion zählt kaum was produziert wird, sondern dass und wie viel produziert wird. Es kommt darauf an, dass mittels der Verausgabung von Arbeit Kapital vermehrt wird. Damit ist die Frage nach der Qualität der Arbeit ausgeblendet. Die Produktion orientiert sich eben nicht an menschlichen Bedürfnissen oder auch an der Lebensfeindlichkeit der Produkte als negativem Maßstab.

ArbeitnehmerInnen stehen unter dem Zwang, ihre Arbeitskraft zum Markt zu tragen, wenn

sie ihre materielle Lebensgrundlage sichern wollen. Für sie gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Warum sollte der Arbeitszwang der kapitalistischen Produktion bei Rüstungsexporten so einfach außer Kraft gesetzt werden können, entspricht sie doch der inneren Logik des Kapitalismus, durch Einsatz von Arbeit Geld zu vermehren. In einer Gesellschaft, die als ganze auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Kapitals ausgerichtet ist, erscheint Rüstungsproduktion und Rüstungsexport als selbstverständlich. Daran ändert auch der offensichtliche Widersinn nichts, menschliche Arbeitskraft und Technologie als Ausdruck menschlicher Kreativität für die ‚Produktion‘ von Tod und Zerstörung einzusetzen.

## Zweigleisigkeit einer Kampagne: Realpolitische Handlungsoptionen und radikale Kritik

Die Zerstörungskraft des Kapitalismus drückt sich meist in nicht direkt sichtbaren Strukturen aus. Rüstungsgüter und ihr Gebrauch sind hingegen ein bildhafter Ausdruck dieser Zerstörungskraft und Teil einer in der Krise zunehmenden Militarisierung. Auch wenn Rüstungsgüter nur einen geringen Anteil am deutschen Gesamtexport ausmachen, so sind der Anstieg des Waffenexports und die potenzielle sowie immer häufiger zu sehende, tatsächliche Zerstörungskraft von Rüstungsgütern so groß, dass die im Mai 2011 gestartete Kampagne mit ihren realpolitischen Forderungen zwingend erforderlich wurde. Auch das Ökumenische Netz beteiligt sich aktiv an dieser Kampagne: So wurde Emanuel Matondo nach Koblenz eingeladen, um mit ihm über die Auswirkungen von Waffenexporten im südlichen Afrika zu diskutieren. Darüber hinaus ist das Netz Mitträger von zwei Aktionswochen zum Thema Rüstungsexporte im Mai in Mainz und im November in Trier.

Die Empfindsamkeit für das Leid, das diese Waffen anrichten, muss sich aber eben auch mit analytischen Fragen nach der Funktion dieser Waffen in den gegenwärtigen politisch-ökonomischen Konstellationen verbinden, der ‚Aufschrei‘ also zum Nachdenken führen. Die aufgezeigten Thesen sollen die oft in Kampagnen im Schatten stehende systemische Kritik in den Vordergrund stellen und zur Diskussion anregen.

Ein ausführlicher Text findet sich unter [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de).



# Sparen bis zum Exitus

## Koblenz in der Krise des Kapitalismus

HERBERT BÖTTCHER

Von der Wohnungslosigkeit über Verschuldung und Sparen bis hin zur ‚Rohen Bürgerlichkeit‘ reicht die Palette der Krise, wie sie sich in der Stadt Koblenz zeigt. Bereits mehrfach wurden diese sozialen Probleme im Koblenzer Sozialforum diskutiert. Mitglieder des Ökumenischen Netzes haben sie zudem in der inzwischen dritten Ausgabe von KLARTEXT KOBLENZ VON UNTEN dokumentiert und reflektiert.

Initiativen wie „Die Schachtel e.V.“ und „Mampf“, die sich um Obdachlose kümmern, sowie „Steg“, eine sozialtherapeutische Einrichtung für Suchtkranke, sind verschärft mit der Frage nach bezahlbaren Wohnungen konfrontiert. Diese Erfahrung ist Anlass dafür, dem Thema Wohnungslosigkeit und Umgang mit Obdachlosen in der Stadt Koblenz, die sich vollmundig „Stadt zum Bleiben“ nennt, nachzugehen. Wer findet eine ‚Bleibe‘ in der „Stadt zum Bleiben“? Wer wird entsorgt aus Wohnungen und vertrieben aus öffentlichen Räumen? Wer davon profitiert und was kommunaler Politikermund denen zu sagen hat, die sich um die Wohnungsfrage in Koblenz kümmern, ist in der Broschüre nachzulesen.

Natürlich stoßen die Koblenzer Autoren auch in ihrer Stadt auf das Thema Schulden und Sparen. In Koblenz hat dieses flächen-

deckende Thema noch einmal einen eigenen Akzent. Die BUGA wurde mit vielen Versprechungen auf wirtschaftlichen Erfolg durchgeführt und als Event mit Lobpreisungen überschüttet. Kritiker hatten bereits vor der BUGA die Koblenzer aufgefordert: Genießt Koblenz bei der BUGA, so schön wird es nachher nicht mehr sein! Und in der Tat: Auf den BUGA-Jubel folgt der Offenbarungseid des Oberbürgermeisters. Die Stadt hat sich an, wie es in Werbebroschüren hieß, „einzigartigen Projekten“, ‚verhoben‘. Nun muss ‚überall‘, d.h. bei Jugend und Sozialen, gespart werden.

Die Verschärfung sozialer Probleme bei gleichzeitig wachsender Verschuldung sind alles andere als spezifisch für Koblenz. In ihnen agiert sich die Krise des Kapitalismus aus. Genau dies macht die Broschüre in ihren auch theoretisch reflektierenden Beiträgen deutlich. Nicht nur in Koblenz heißt es „Sparen bis zum Exitus“, wie ein Beitrag zum Rezept der Krisenverwalter überschrieben ist. Sparen als Rezept führt systematisch in die Pleite, wie aktuell in Griechenland vorexerziert wird. „Griechenland zeigt exemplarisch, dass die Menschen über Jahre hin aufhören müssten zu leben, um weiterhin kapitalistischen Kriterien zu genügen“, wird Robert Kurz zitiert. In der Schuldenfalle zeigt sich

die Krise des Kapitalismus. Er stößt auf Grenzen seiner Reproduktionsfähigkeit, weil er Arbeit als Quelle von Wert und Mehr-Wert entsorgen muss. Deshalb kann er sich nur noch von Defiziten am Leben erhalten. Und so gibt es zum Sparen keine Alternative – und dennoch wachsen die Defizite...

„Rohe Bürgerlichkeit“ begleitet die Krisenverwaltung. Wer arbeitslos, d.h. unrentabel ist, gilt als wertlos und wird zum belastenden Kostenfaktor. Wer seine Wohnung nicht mehr marktgerecht bezahlen kann, wird aus der Wohnung, wer obdachlos ist, aus den Innenstädten vertrieben – nicht ohne diffamierendes Nachtreten durch den Leiter des Ordnungsamtes. In Koblenz haben sich die ‚rohen Bürger‘ zur Initiative ‚Alle lieben Koblenz‘ zusammengeschlossen. Deren Vorsitzender sieht im Betteln eine Gefahr für das Koblenzer Stadtbild. Auch dies ist nicht ohne Zusammenhang zur Krise des Kapitalismus: Je mehr Krise, desto mehr wird aus dem scheinbar zivilisierten Bürger ein ‚Wilder‘.

Am Beispiel Koblenz reflektiert die Broschüre eine Thematik, die über die Grenzen der Stadt hinausreicht.

Wer Interesse an der Broschüre hat, melde sich beim Netzbüro (online ist die Broschüre unter [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de) verfügbar).

### Impressum:

Netz-Telegramm März/April 2012

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,  
Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.  
Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz  
Tel.: 0261 – 29681691  
e-mail: [info@oekumenisches-netz.de](mailto:info@oekumenisches-netz.de)

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,  
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

April 2012

Layout: Elke Wetzig, Köln  
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Protest gegen Gentrifizierung in Koblenz.

Foto: Peter Weinowski



## Rohstoffe – Zeit zur Wende

Vom 19. bis 24. Mai findet in Koblenz eine Aktionswoche zum Thema Rohstoffe statt. Für die damit verbundenen Problematiken soll sensibilisiert und vor allem junge Menschen sollen zum Einsatz gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltprobleme mobilisiert werden.

Ob Uran für Atomkraftwerke, Soja für Biosprit, Bauxit für Aluminium, Kohle für Kraftwerke... Mit dem Abbau von Rohstoffen sind mannigfaltige Probleme verbunden, die häufig gar nicht bewusst sind. Die Darstellung dieser, aber auch der Aufruf zu einer Energiewende sowie die Umsetzung von Aktionsformen sind die Ziele der Aktionswoche.

Die Berliner Compagnie wird am 19. Mai mit ihrem Stück „So heiß gegessen wie gekocht“ die Woche eröffnen. Eine Ausstellung des Bonner Konversionszentrums BICC zum Thema wird im Weltladen am Görresplatz

gezeigt. Führungen werden für Schulklassen und Interessierte angeboten. Unter dem Titel „Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung“ wird Dr. Bruno Kern ([www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net)) am 21.5. um 19.30 Uhr einen kapitalismuskritischen Beitrag zur Aktionswoche leisten. Am Dienstag, der 22.5. um 20 Uhr, wird der Film „Yellow Cake“ zum Thema Uranabbau gezeigt. Mittwochs steht der Rohstoff Bauxit im Mittelpunkt. Hierzu werden wir eine Podiumsdiskussion mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und Zivilgesellschaft veranstalten.

Abgeschlossen wird die Woche mit einem Aktionsworkshop am 24.5. um 16 Uhr im Jugendhaus am Moselring, bei dem das erlangte Wissen Ausdruck in kreativen

Protestformen finden kann. Träger der Aktionswoche sind: Aktionsbündnis Gerechter Welthandel Gruppe Koblenz, Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche im Rheinland, Asta der Fachhochschule Koblenz, Asta der Universität Koblenz, BUND Koblenz, Dekanat Koblenz im Bistum Trier, DGB Koblenz, Greenpeace Koblenz, Kath. Arbeitnehmer-Bewegung (KHG)-Bezirksverband Mittelrhein, Kath. Hochschulgemeinde Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Weltladen Koblenz.

Kooperationspartner: Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz, ELAN.

Kontakt und weitere Informationen in Kürze: [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)

Foto: Bonner Konversionszentrum BICC

## Rüstungsexporte – Zeit zum Aufschrei

Vom 7. bis 10. Mai findet in Mainz die zweite Aktionswoche der Projektgruppe „Global bewegt!“ RheinMain statt.

Deutschland ist in den letzten Jahren zum drittgrößten Waffenexporteur weltweit aufgestiegen. Der Aufschrei gegen den Ausbau des Exports von Rüstungsgütern hat mehrere Gründe: Waffen bringen tausendfachen Tod und Verstümmelungen. Unternehmen profitieren von diesem todbringenden Geschäft. Zudem zahlen Staaten hohe Summen für Rüstungsgüter, wodurch sie ihre soziale Verpflichtungen wie z.B. die Bekämpfung von Armut nur unzureichend gewährleisten. Hintergrundinformationen mit Zahlen und Zeugenberichten aus dem globalen Süden, Kampagnenzielen sowie Handlungsoptionen finden sich unter [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de).

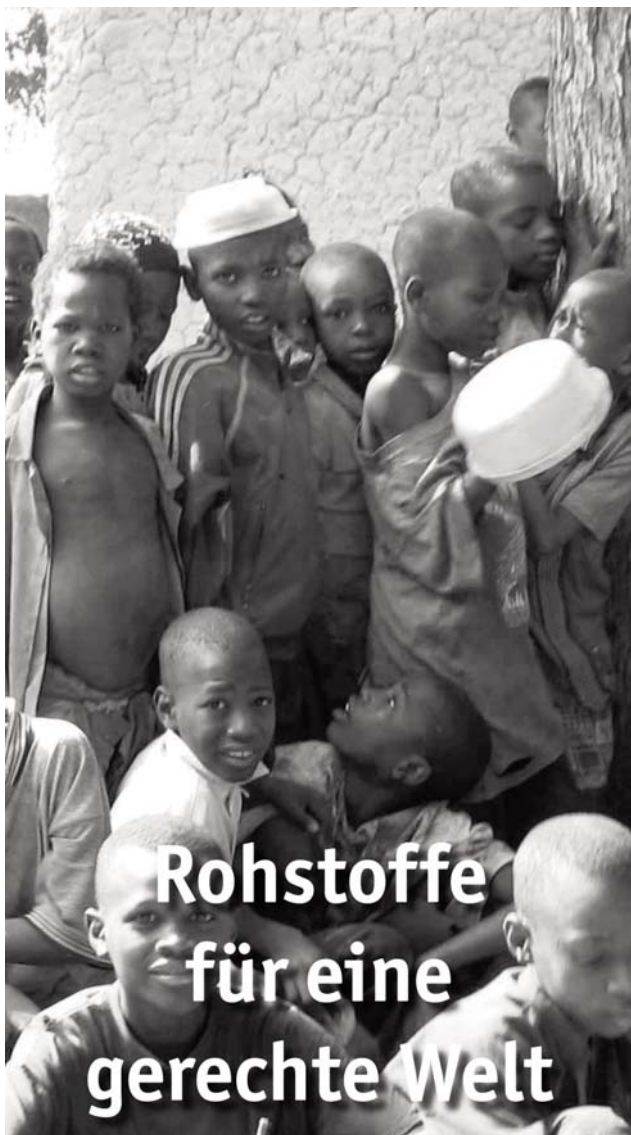
Am 7. Mai startet unsere Aktionswoche mit einem Vortrag von Emanuel Matondo aus Angola zu den Auswirkungen von Waffenexporten ins südliche Afrika. Am 8. Mai findet im Senatssaal der Naturwissenschaftlichen Fakultät an der Johannes Gutenberg-Universität eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bundesregierung statt. Der Mittwochabend (9.5.) ist für einen Spielfilm passend zum Thema reserviert und donnerstags (10.5.) schließt die Woche mit einem Aktionsworkshop, bei dem das erlangte Wissen Ausdruck in kreativen Protestformen finden kann.

Geplant ist zudem, während des „open-ohr“-Festivals über Pfingsten in Mainz die Aktion Aufschrei vorzustellen.

Träger der Aktionswoche und Projektgruppe sind: Ev. Hochschulgemeinde Mainz, Hochschulgruppe „Global bewegt!“, IG Metall Jugend Mainz, DGB Rheinhessen-Nahe, Junge Menschen für Afrika, Kath. Hochschulgemeinde Mainz, MATI e.V. - Selbstbestimmte Dorfentwicklung in Bangladesch, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, pax christi im Bistum Limburg und im Bistum Mainz, Referat Weltmission/Frieden und Gerechtigkeit im Bistum Mainz.

In Kooperation mit ELAN (Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz), EPN (Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Hessen) und der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“.

Kontakt und weitere Informationen in Kürze unter: [www.pax-christi.de](http://www.pax-christi.de) und [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)





# Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards

Im Nachgang zur Informations- und Begegnungsreise des Arbeitskreises Fujian bieten die unterschiedlichen Trägerorganisationen Veranstaltungen und Materialien zur Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit der chinesischen Provinz Fujian an. Bereits feststehende Termine sind der 26.4.12 (KHG Koblenz) und der 25.9.12. (Lahnstein). Details und weitere Veranstaltungen zum Thema in Kürze unter <http://www.oekumenisches-netz.de/termine.html>



Schuhproduktion in Fujian. Reiseeindrücke Februar 2012.

Fotos: Fritz Hofmann



## „Frieden statt Krisen! Für eine friedliche und gerechte Neuordnung!“

Anlässlich der internationalen Sicherheitskonferenz Anfang Februar in München, riefen Occupy Saarland und das Friedensnetz-Saar zu einem gemeinsamen Protestzug und einer Kundgebung auf. Nachfolgend der Redebeitrag von **Waltraud Andruet**, Pax Christi Saar.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde.*

Ich freue mich, dass wir heute in dem Bündnis der Occupy Bürgerbewegung und dem Bündnis des FriedensNetzes Saar gemeinsam mit Ihnen diesen Protestzug und diese Solidaritätskundgebung durchführen. Wir haben dazu aufgerufen unter dem Motto: "Frieden statt Krisen! Für eine friedliche und gerechte Neuordnung!"

So wie wir heute, haben sich jetzt auch in München Tausende Menschen zu einem Protestmarsch aufgemacht, um gegen die dort alljährliche auf der Sicherheitskonferenz versammelten Militärs, Kriegspolitiker und Rüstungsvertreter zu protestieren. Eigentlich sollten wir alle dort sein und uns gegen diese ehrenwerten Repräsentanten von Krieg und Gewalt aus der NATO, den USA, den EU-Staaten und anderen Ländern stellen. Denn sie sind die Vertreter der herrschenden "Weltordnung".

Auch in München werden sie wieder Koalitionen für den Krieg schmieden, militärische Strategien koordinieren und Pläne für weitere globale Interventionen abstimmen. Ihr offizielles Motto lautet "Sicherheit und Menschenrechte", ihr eigentliches Thema aber ist, wie sie die hegemonialen Interessen auch mit militärischer Gewalt erzwingen können.

Dazu gehören auch die Waffenexporte mit denen weltweit Mord und Unterdrückung begünstigt werden. In Deutschland erhöhte sich der Export von Kriegswaffen im Jahre 2010 gegenüber 2009 von 1,3 auf 2,4 Milliarden Euro und damit immerhin um rund 85 Prozent. Das ist eine Steigerungsrate, von der andere bundesdeutsche Exportbranchen, trotz ebenfalls glänzender Geschäfte, nur träumen können.

Kriege und eine zutiefst ungerechte profitorientierte Weltwirtschaft treiben Millionen von Menschen in Not und Hunger oder bedeu-

ten Flucht und Vertreibung. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung oder an leicht heilbaren Krankheiten. Diese Kinder sterben nicht einfach, sie werden ermordet.

Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter, hat unmissverständlich klar gestellt, dass die herrschende Weltordnung den Tod und die Existenz-Vernichtung von Millionen von Menschen, zum Wohle des Profits, in Kauf nimmt, dass wir in einem Wirtschaftssystem leben, das die natürlichen



Ressourcen systematisch plündert und damit die Grundlage des Lebens auf diesem Planeten ruiniert! Aber dies ist unsere einzige Erde.

Die reichen Nationen, hier bei uns die EU, schotten systematisch ihre Außengrenzen ab, damit die Flüchtlinge, die von Krieg, Armut und Klimawandel betroffen sind, nicht zu uns kommen können.

Deutschland ist eine militärische Drehscheibe für die USA- und NATO-Angriffskriege. In Verletzung unserer Verfassung haben sich bundesdeutsche Regierungen direkt oder indirekt an jedem Krieg beteiligt. Sie haben versucht, damit die eigenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen durchzusetzen.

Liebe Bürger, wir befinden uns am Rande eines Desasters! Jeden Tag kommen wir einem katastrophalen Krieg gegen den Iran näher. Der durch die Massenmedien gesteu-

erte Bürger denkt, es geht doch um die Bedrohung des Weltfriedens! Der Iran bastelt schließlich an der Atombombe und - natürlich - geht es um den unberechenbaren Diktator Achmadineshad. Dem kann man doch schließlich nicht über den Weg trauen, dass weiß doch jeder - jeder der sich manipulieren lässt. Ich frage mich: Sind das die wahren Gründe? Es gibt doch noch andere weit aus schlimmere Diktatoren, die ebenfalls über Atombomben verfügen - man denke nur an Nord- Korea. Der Iran verfügt über große Mengen an Erdöl und an Erdgas. Immer weniger Länder verfügen über diese A. Mohr - Redebeitrag für Occupy Saarbrücken / Saarland Das Interesse an einem sicheren Zugang zu Rohstoffen wurde bereits in den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung seit den 90er Jahren formuliert und seitdem fortgeschrieben. Darin heißt es, dass die Bundesrepublik eine "kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen" sei. Die Bundeswehr habe daher auch den Auftrag, vitale Interessen der kontinentalen Mittelmacht wie freien Welthandel und ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt, im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, aufrecht zu erhalten.

Das Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 und das erste sicherheitspolitische Dokument der EU "Für ein sicheres Europa in einer besseren Welt" von 2003 sowie die Aussagen von Horst Köhler und Karl-Theodor zu Guttenberg von 2010 zeigen die aktuelle Bedeutung dieser "vitalen Interessen".

Konflikte und Kriege um ungleich knapper werdende Rohstoffe gab es in der Geschichte immer wieder. Aber durch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Entwicklung unserer konsumorientierten Lebensweise im "globalen Norden" und die technologische Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten haben diese Konflikte eine globale Dimension erhalten und auch zahlenmäßig zugenommen. Der Hintergrund dieser Entwicklung ist weniger den Bedürfnissen der Menschen zu dienen, als vielmehr dem Verwertungsdrang des Kapitals zu folgen, d.h. aus Geld noch mehr Geld zu machen.

Dieses Spiel kennen wir zu genüge. Eigentlich gehören die Verursacher, Verantwortlichen und Profiteure hinter Gitter. Jegliche Spekulationen auf Lebensmittel gehört bestraft! Viele Menschen aus aller Welt, haben damit angefangen, sich dem herrschenden Weltsystem zu widersetzen und nach Alter-

nativen zu suchen. Es gibt in diesem Zusammenhang viele kreative und auch ermutigende Initiativen. Eine möchte ich hier hervorheben, weil sie mir aus dem Herzen spricht. Sie nennt sich "Aufruf für eine prophetische Kirche: Leben in Fülle für ALLE!". Sie wurde 2009 angesichts unserer bedrohten Weltlage gegründet. Wir leben in einer krisenhaften Situation und brauchen deshalb dringend prophetisches Handeln. Eine bewusste oder unbewusste Stabilisierung des bestehenden Systems, das für Mensch und Natur so zerstörerisch ist, widerspricht jeglichem Glauben. Ein "Weiter so" kann nicht mehr hingenommen werden.

Stattdessen muss eine neue Einsicht reifen: "Einfacher leben, gemeinsam handeln, damit ALLE überleben" Dazu bedarf es einer fundamentalen Umkehr, die durch zeichenhafte Taten untermauert wird.

Der Aufruf einer prophetischen Kirche richtet sich als Ruf direkt an die Kirchen und die Christenheit. Im Grundsatz aber richtet sie sich an alle Menschen. Es bedarf einer breit angelegten und politisch fundierten Kampagne, die auf unserem Planeten den Ruf nach einem anderen Lebensmodell und nach Einfachheit ernst nimmt, Handlungsspielräume sucht, verschiedenen Ebenen erschließt und Bündnisse für die Umsetzung konkreter Veränderungen bildet.



Diese Kampagne braucht eine spirituelle Basis, ein Bildungskonzept und eine politische Handlungspraxis. Sie ist ein Ruf aus der Kirche, ökumenisch, gemeinsam mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft Kräfte zu bündeln und einen grundlegenden Neubeginn zu ermöglichen.

Prophetisch zu handeln bedeutet, sich an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu halten. Das Reich Gottes verpflichtet uns, hier und jetzt zu handeln und die Grenzen der Alternativlosigkeit und der Handlungsfähigkeit zu sprengen. Fangen wir an damit - hier bei uns in Saarbrücken.

Pax Christi im Bistum Trier ist Mitglied im Ökumenischen Netz.

## Termine:

### April

2. April, 19.00 Uhr, Saarwellingen

**Conny Schmitt berichtet über die Aktion Bike for Peace, Friedensradtour von Paris bis Moskau, Atelier Mario Andruett**

Infos: waltraud\_andruet@t-online.de

7. April, Saarbrücken

### Ostermarsch Saar

11 Uhr, Auftakt an der Johanneskirche Saarbrücken

12 Uhr, Kundgebung am St. Johanner Markt

Infos: waltraud\_andruet@t-online.de

**atomwaffenfrei.**  
 **jetzt**

9. April, Büchel

### Ostermarsch

Beginn: 14:00 Uhr am Gewerbegebiet Büchel und Marsch zum Haupttor des Fliegerhorstes

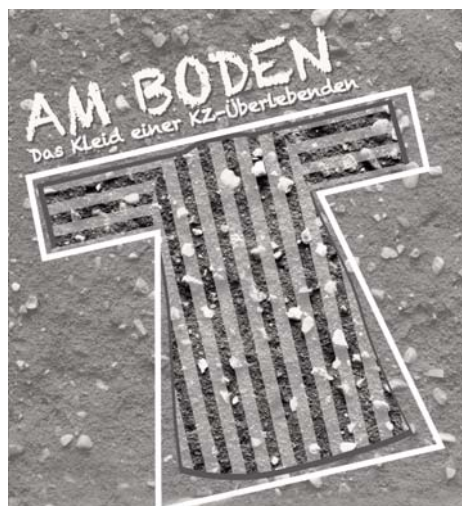
15:30 Uhr Kundgebung in der Nähe des Haupttores

Infos: www.atomwaffenfrei.de

13. April 13. Mai, Trier

### Wallfahrt der Kath. Studierenden Jugend (KSJ) im Bistum Trier

Infos: www.ksj-trier.de



### Mai

2.-5. Mai, Pilgerweg nach Trier

### Der Heilige Rock – Zeichen der Solidarität im Widerstand gegen die Weltordnung

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 4)

6. Mai, 11.30 – 19.00h, Trier

„Und führe zusammen, was getrennt ist – Fair teilen statt sozial spalten“: Heilig-Rock-Wallfahrt - Politischer Wallfahrtstag der KAB

Infos: www.kab-trier.de

7.-10. Mai, KHG und Uni, Mainz

### Rüstungsexporte – Zeit zum Aufschrei

Aktionswoche der Projektgruppe „Global bewegt!“ Rhein-Main (s. Artikel S. 5)

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 4)

19.-24.5., Koblenz

### Aktionswoche zum Thema Rohstoffe (s. Artikel S. 5)

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 4)

### Juni

4. Juni, 19.00h, Saarwellingen

### Gespräch mit Ute Schlumpfberger und Ambrosius Theis zum Thema: Cattenom- Sicherheitstest, Stresstest und nun? Gefahren der Atomenergie, Atelier Mario Andruett

Infos: waltraud\_andruet@t-online.de

15.-17. Juni, Veranstaltungsort: Robert-Schuman-Haus, Trier

### 3. Modul der vierteiligen Seminarreihe „Kapitalismus verstehen und überwinden“ - Krise und Krisentheorien

Infos: www.kab-trier.de

23. Juni, 9.30-16h, Café Atempause Christuskirche Koblenz (Friedrich-Ebert-Ring / Ecke Hohenzollernstraße)

### Im Kapitalismus gegen den Kapitalismus – Wie geht die Quadratur des Kreises?

Netzversammlung.

Referent: Herbert Böttcher

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 4)



23. Juni, 09.30 Uhr, Veranstaltungsort: Kath. Pfarrheim St. Bonifatius, Neuwied-Niederbieber

### „Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten“ Bezirkstag der KAB Mittelrhein

Infos: www.kab-trier.de

### August

31. August, 18.00, Robert-Schuman-Haus, Trier

### Seminar zum Thema „Lebensmittel-Tafeln“ – Sozialfuchskampagne des KAB-Diözesanverbandes Trier

Infos: www.kab-trier.de

### September

29. September, Robert-Schuman, Trier

### „Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten“ Diözesantag der KAB Trier

Infos: www.kab-trier.de

### Oktober

26./27. Oktober, Trier

### Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

20 Jahre Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

20 Jahre kritische Reflexion

20 Jahre Versuche, das ‚Ganze‘ zu verändern,

Jubiläumsfeier, Jugendherberge Trier

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 4)